

Leipziger Tageblatt

Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland monatlich 2,50 Mark, halbjährlich 12,50 Mark, jährlich 25,00 Mark. Ausland 4 Schweiß, 12,50 Mark. Einmalige Belegpreise: 100 Exemplare 100 Mark, 250 Exemplare 250 Mark, 500 Exemplare 500 Mark. Einzelhefte 1 Mark. Einzelhefte 1 Mark. Einzelhefte 1 Mark.

Anzeigen-Preis: Grundsatze für Gelam... am 1. 10. 1923 (einmalig 100 Mark). Nach dem 1. 10. 1923... Familienanzeigen 25 Mark. Gelegenheitsanzeigen pro Raum u. Zeitungsangabe 25 Mark. Stellenangebote 10 Mark. Anzeigen (Einspaltige) 100 Mark, 100 Mark, 250 Mark, 500 Mark, 1000 Mark, 2000 Mark, 3000 Mark, 4000 Mark, 5000 Mark, 6000 Mark, 7000 Mark, 8000 Mark, 9000 Mark, 10000 Mark. Einzelhefte 1 Mark.

Nr. 266

Verantwortlich für den Text: Schriftführer P. Goldstein, Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Verlagsgesellschaft m. b. H., Leipzig.

Freitag, den 9. November 1923

Berliner Zustellung: Postfach 21 (Bismarckstr. 3000-3063). Preis der Zeitung: 1 Mark. Einzelhefte: 1 Mark.

117. Jahrg.

Zum 9. November

Der fünfte Jahrestag der Republik fällt in eine Zeit der schwersten Prüfung unseres Vaterlandes. Es ist dem deutschen Volke bisher noch nicht vergönnt gewesen, den Tag, der seine neue Staatsform brachte, in festlich gehobenen Gefühlen zu begehen. Heute, nach fünf Jahren, ist die Republik als Reichsgedanke weniger denn je zur Wirklichkeit geworden und in Fleisch und Blut übergegangen. Wir wollten, wir könnten der Republik zu ihrem Geburtstag einen besseren Morgenpredigt darbringen. Aber es geht nicht an, festliche Gedanken zu winden, wenn die Freischärler eines unbotmäßigen Bundesstaates mit lächerlicher Kriegsmacht an der Grenze des Reichstaates aufmarschieren. Welch eine Gelegenheit für die offenen und heimlichen Feinde der Republik, höhrend hinauszuweisen: Ecce res publica! Wir haben keine Wahrung und kaum Brot. Das Volk, unendlich geduldig im Ertragen des Un-erträglichen, tappt durch das Dunkel dieser Wochen, unwissend, was morgen sein wird; und wer ihm "Brot!" zuruft, hat leicht sein Ohr. Ein unverschämter und schwer zu befruchtender Verhandlungsgegner hält einen Rhein und Ruhr unklammert. Und im Innern erleichtert eine wachsende Reichslosigkeit den Feinden der Republik ihre verdeckte Arbeit. Bei solchem Stand der Dinge haben die zweifelhaften Freunde der Republik, die ihre schlimmeren Feinde sind, ein lediges Spiel. Ohne Hilfe können sie alles Unheil aus dem 9. November herleiten, und sie tun es immer wieder und werden es auch diesmal tun, weil sie mit dem fadenbüchsligen Gewebe ihrer tiefsten Argumentation die Fäden ihrer eigenen Schuld verweben. Aber mögen wir auch entschließen sein von Brot und Geld, bedrängt innen wie außen, — die Idee der Republik bleibt unberührt von ihrem augenblicklichen Glanz und Misserfolg; sie bleibt der Opportunismuspolizei entrückt, die, nach Art der Gepflogenheiten, nur nach dem prompten Erfolg fragt und sich über Entscheidungen der Gesinnungen und des Herzens hinwegsetzt.

Selber aber geht das Brot, das man nicht hat, an der politischen Idee. Der Plan, der nötig ist für ein lebendes Gemeinwesen, erstreckt sich auf den grauen Kol. Das deutsche Volk in seiner Bedrängnis noch die Kraft, durch all das Widerwärtige, Zermürbende der täglichen Mähmal durchzubringen zur Idee der Republik, ist es noch fähig, sich der Vorfälle der republikanischen Staatsform freudig bewusst zu werden? Ohne das freudige Bewusstsein dieses Reichtes und ohne das Gefühl der Liebe wäre der Geburtstag der Republik eine tödende Schalle, trotz des offiziellen Feiertags und der Fahnen der Republik.

Der republikanische Gedanke muß noch viel volkstümlicher werden. Die Hüter der Republik mögen sich heute die Frage vorlegen, ob in dieser Richtung nicht noch mehr geschehen könnte als bisher. Beklagenswert genug, daß sich die schwarzrote Farbe, das Symbol der Republik, noch nicht genügend durchgesetzt hat. Allerdings wäre kaum in einer anderen Republik ein ähnliches Maß einer Behöhnung der republikanischen Farben möglich. Andere Republiken haben, gegen der hausbackenen Wahrheit: Was nicht in den Sinnen ist, ist nicht im Herzen, es besser verstanden, die alten Symbole zu befestigen und die neuen republikanischen zu schaffen, bei deren Anblick das Herz des Volkes höher schlägt.

Es gibt in Deutschland viele ehrliche Republikaner, die von der Revolution nichts wissen wollen und sie am liebsten verächtlich wegstampfen möchten. Man muß aber bekanntlich jedes Kind einen Vater haben, mögen prüde Seelen diese natürliche Tatsache auch unterdrücken. Man soll in der Politik nicht gerade sein! Wer zur Republik ja sagt, kann die Revolution nicht verleugnen. Republikanische Gesinnung fest eine große, freie Denkartungsart voraus. Die Geburt jedes organischen Lebens, also auch einer Republik, ist kein ästhetisch abgeklärter Vorgang, sondern ein gewalttätiger Prozess mit Schweiß und Blut. Es geht nicht an, die Republik vorbehaltlich des 9. November, ihrer Geburtsstunde, anzuerkennen. Das wäre uns eine schöne Liebe, die unter Vorbehalten liebt! Auch wir sind mit allem, was die Revolution brachte, nicht einverstanden, aber daß sie uns die Republik brachte, verneint auch nicht dem, wozu wir dem 9. November widerstreben.

Die Revolution ist nicht erst heute vor fünf Jahren gemacht worden; am 9. November lag nur das Ergebnis einer weit zurückliegenden Entwicklung abgezeichnet da. Der republikanische Gedanke war dem deutschen Volke nie fremd; er wurde ihm mit dem Mittel, über die der monarchische Feudalismus verfügte, höchstens nur entfremdet. Die deutschen Städte- und Republiken und die Revolution von 1848 sind

Paris — Washington — London

Die Winkelzüge des Herrn Poincaré

London, 8. November. (Eig. Tel.) Die englische Regierung verhält sich nach wie vor abwartend zu den direkten amerikanisch-französischen Verhandlungen. Das englische Kabinett wird zu den beiden Schreiben Poincarés über die Abänderung der englischen Einladung an die Vereinigten Staaten erst Stellung nehmen, wenn die Washingtoner Regierung dem hiesigen Auswärtigen Amt Bescheid über das Ergebnis der Verhandlungen mit Frankreich gegeben hat.

Der Pariser Berichterstatter der „Daily Mail“ ist anscheinend gestern Abend in später Stunde vom Cuiab d'Orsay über die Instruktionen unterrichtet worden, die der französische Botschafter in Washington für die Beantwortung der Fragen des Staatssekretärs Hughes erhalten hat. Danach soll Poincaré dem Botschafter mitgeteilt haben, er erwarte, daß der eventuelle Sachverständigenausschuss die Fähigkeit Deutschlands in den nächsten drei Jahren, also bis 1926, Zahlungen zu leisten, ungeprüft lassen werde. Falls Frankreich wertvolle Pfänder in der Hand behalte, sei es bereit, Deutschland für diese Zeit Zahlungsausschub zu gewähren. Wenn Poincaré von Deutschlands Zahlungsfähigkeit in der nächsten Zukunft spreche, so habe er dabei den Zeitraum bis 1930 im Auge. Frankreich werde keine Einwendungen erheben, daß der Sachverständigenausschub die Wirtschaftsverhältnisse im Ruhrgebiet prüfe; Voraussetzung sei jedoch, daß die Tatsache, daß Frankreich die Befestigung mit Zustimmung der Reparations-

kommission vorgenommen habe, nicht in Zweifel gezogen werde. Nach einer anderen Quelle soll Poincaré der amerikanischen Regierung ferner mitgeteilt haben, er müsse von einer Erabschließung der Gesamtschuld Deutschlands unter den Betrag von 132 Goldmillarden so lange absehen, bis die Vereinigten Staaten bereit seien, die damit im Zusammenhang stehende Frage der Regelung der internationalen Schulden zu erörtern.

Entente-Fürsorge für die deutsche Republik

Rom, 8. November. (Eig. Tel.) „Messaggero“ meldet aus Paris, die gestern von der Entente-Konferenz in Deutschland überhandte Note über die Behinderung der militärischen Kontrolle sei nur ein Teil einer diplomatischen Aktion größeren Stils, die darauf abzielt, einen Staatsstreik in Deutschland zu verhindern. Die Verbündeten seien entschlossen, sich der Rückkehr der Vertreter des alten Regimes, einer Militäraktion und einer Wiedereröffnung der Höhengollern zu widersetzen und zu diesem Zwecke die deutsche Regierung gegen die reaktionären Rebellien, die die Abschaffung der Republik wünschten, zu unterstützen. Der englische Botschafter in Paris habe sich mit Poincaré gestern über dieses Thema unterhalten; die englische Regierung — so habe der Botschafter erklärt — müsse überlegen, ob nicht der Zeitpunkt gekommen sei, außer mit Noten auch mit Taten in Deutschland einzugreifen. Dieses Thema werde auch in den nächsten Tagen auf der Tagesordnung stehen und die Volemilit über die Sachverständigenkonferenz in den Hintergrund drängen.

Die Position der sächsischen Regierung

Keine Landtagsauflösung — Verwerfung des kommunistischen Misstrauensvotums

Dresden, 8. November. (Eig. Tel.) Der sächsische Landtag hat in seiner heutigen Sitzung sowohl den Antrag der Deutschen Volkspartei auf Landtagsauflösung wie auch den Misstrauensantrag der Kommunisten mit 48 gegen 48 Stimmen abgelehnt. Für die beiden Anträge stimmten die beiden Rechten und die Sozialdemokraten.

Der kommunistische Misstrauensantrag gegen die Regierung hatte folgenden Wortlaut:

„Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung genießt nicht das Vertrauen des Landtages.“

Die in Frage kommende Verfassungsbestimmung ist der Artikel 27 der sächsischen Verfassung, dessen Absatz 1 und 2 lautet: „Die Mitglieder des Gesamtministeriums bedürfen für ihre Amtsführung des Vertrauens des Landtages. — Jeder Minister muß zurücktreten, wenn der Landtag durch ausdrücklichen Beschluß, den die Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten ausführt, ihm das Vertrauen entzieht oder seinen Rücktritt fordert.“

Ferner stand auf der Tagesordnung der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Auflösung des Landtages.

Trotz der wichtigen Tagesordnung waren die Tribünen nur sehr schwach besetzt. Gleich zu Beginn der Sitzung bemerkte der Abg. Seyfert (Dem.): „Meine Partei wiederholt die bereits aus-

gesprochene Erwartung, daß die neue Regierung die Forderung, daß sie sich auf den Boden der Demokratie stellen werde, halten wird. Jetzt halten wir es im Interesse der Arbeit im Lande und der Ruhe im Volke für unbedingt notwendig, daß die Regierung es bewiesen kann, daß sie gewillt ist, ihre Politik in die Tat umzusetzen. Deshalb werden wir das Misstrauensvotum ablehnen.“

Abg. Böhmer (Komm.) stellt fest, daß keine Partei den Mut habe, einen Misstrauensantrag in dieser Stunde einzubringen. Man müsse daran erkennen, wie schwach die jetzige Regierung auf ihren Füßen stehen müßte.

Abg. Müller-Beipzig (Soz.) entgegnet ihm, der kommunistische Antrag komme ihm vor wie eine weibliche parlamentarische Spielerei.

Abg. Buntke (Unabh.) beantragt namentliche Abstimmung.

Präsident Winter stellt daraufhin fest, daß sämtliche 90 Abgeordnete im Hause versammelt sind. In namentlicher Abstimmung wird hierauf der kom-

muunistische Antrag abgelehnt. Das Ergebnis ist ein Zeugnis, daß die Idee der Republik nicht von heute auf morgen in Deutschland emporgeschossen ist und der deutschen Seele also nicht fremd sein muß, wie es die Anhänger der Monarchie wahr haben möchten. Die Serenitätsmattre in all ihren volkstümlichen Formen spricht gerade auch nicht für eine Bereicherung der Monarchie. Vor dem Geiste waren die Monarchen längst, sagen wir genauer: seit der großen Französischen Revolution, zur Lächerlichkeit geworden. Nur waren die Throne zu mächtig, als daß der Geist mit seinen Waffen es hätte wagen können, gegen sie vorzugehen. Sicherlich waren die Repräsentanten der Monarchen durch ihre Berufung auf eine göttliche Gnade, lächerlich durch die Voraussetzung einer un-

dingten Unterthanenverehrung, lächerlich durch die Disharmonie zwischen dem Anspruch auf Würde und ihrem wahren Wert, lächerlich durch die Erbfolge, die auch den minderwertigen Beidesproß auf den Thron erhob. Dies sind letzten Endes die Wurzeln auch der deutschen Revolution vom November. Die völlige Abgedanktheit des Systems war es, die zwangsläufig zur Revolution trieb; man lasse sich durch Nebenfaktoren, die die besonderen Zeitumstände noch hinzufügten, nicht betören. Die Monarchie, die der Deutsche durch die Revolution verlor, war niemals sein Herzensbegeh; war nie ein Wertbegeh der Menschheit. Die Republik aber, die die Revolution uns gab, muß durch die Hände und Weiber all ihrer Erbitterung werden.

munistische und der deutschvolksparteiliche Antrag mit 48 gegen 48 Stimmen abgelehnt.

Die kurze Sitzung wurde hierauf geschlossen. Nächste Sitzung Dienstag, den 13. November, nachmittags 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen keine Anfragen, Strafverfolgung von Abgeordneten, Anleihegesetz, Gewährung von Exportkrediten und der Antrag der Verfertigung der Bevölkerung mit Brot und Kartoffeln.

Unter den Faschisten.
Stimmungsbilder von der bayrisch-thüringischen Grenze von unserem dort hin entsandten Sonderberichterstatter.
Siehe Seite 5.

Wer ist schuld?

12. Das „Berliner Tageblatt“ bringt eine Meldung, deren kurzer Inhalt der ist, daß die Ausgabe der Rentenmark von der Reichsbank sabotiert wird. Das stimmt sehr gut überein mit der hier früher von uns angebotenen und gestern offen ausgesprochenen Ansicht, daß die Forderung des Rentenbankgesetzes durch Dr. Luther erfolgt sei, um der Reichsbank ihre dominierende Stellung zu erhalten. Dies ist aber in Anbetracht der Tatsache, daß die Rentenbank im Laufe der Zeit 2,4 Milliarden Rentenmark ausgeben soll, der ganze Notenumlauf der Reichsbank am 23. Oktober jedoch nur 50 Millionen Rentenmark (eine Rentenmark gleich eine Goldmark gerechnet) betrug, ganz unverständlich, es sei denn, daß der Wert der Rentenmark so herabgedrückt oder der Wert der Papiermark so heraufgehoben wird, daß die papiermarkbesitzende Reichsbank die Rentenmarkbesitzende Rentenbank beherrscht. Es gibt zumindest zum Nachdenken Anlaß, wenn man in der Meldung des „Berliner Tageblattes“ liest, daß der Fortgang in den Arbeiten in der Reichsdruckerei hinter den Erwartungen zurückgeblieben sei und die Dispositionen der Rentenbank auch sonst vertriebenlich von der Regierung und der Reichsbank durchkreuzt worden seien. Man erinnere sich, daß die Ausgabe der von der gesamten Bevölkerung schnellst erwarteten Rentenmark immer wieder hinausgeschoben wird, ohne daß man einen Grund dafür angibt und ohne daß ein solcher Grund ersichtlich wäre. So wird auch jetzt wieder der Ausgabetermin, der noch vor wenigen Tagen mit dem 10. November festgesetzt worden war, bis zum 15. November hinausgeschoben und — wird sie dann auch wirklich ausgegeben? Wie

Die Reichsbank hat nun doch kein Geld!

Wie wir hören, ist die Reichsbank nach wie vor außerstande, die von den Banken und Bankiers angeforderten Beträge voll zu zahlen. Die Bankfirmen können daher ihrer Kundenschaft nur Bruchteile der angeforderten Summen auszahlen.

Die gestrige Mitteilung der Nachrichtenstelle des Reichsfinanzministeriums, daß die Zahlungsmittelknappheit als behoben angesehen werden könne, ist also zum mindesten für den Augenblick völlig unzutreffend.

Dollar in Berlin

amtlicher Mittelkurs: 630 Milliarden
1 Goldmark: 149,62 Milliarden Geld-
150,37 Milliarden Brief
Goldanleihe 630 Milliarden
Dollarschatzanweisungen - Milliarden

Amerikanischer Geldmarkt

* Sonderkabel

Geldkurse der Vorbörse

Verkehr	Parität	Verkehr	Parität
Berlin	800/9000000	Amsterd.	38,50
London	444/37	Frankf.	292,00
Paris	876/05	Köpenh.	58,4
Mailand	442/05	Stockh.	—
St. Petersburg	17/4	Katow.	—